

Kommt es erneut zum Inklusionsstreit?

Eigentlich hatten sich die Initiative »Gute Inklusion« und die rot-grüne Regierung vor Weihnachten geeinigt, auf knapp 300 neue Lehrerstellen bis 2023 und insgesamt 135 Euro für barrierefreie Gebäude. Doch am Samstag fragte die Initiative in einer Pressemitteilung: Will der Schulsenator die Einigung nicht umsetzen? Drei Fälle aus den vergangenen Wochen stoßen der Initiative bitter auf, auch wenn nicht alle direkt etwas mit den Ergebnissen ihrer Verhandlungen zu tun haben. Erstens sollen die zusätzlichen Inklusionslehrer erst ein Jahr später als geplant kommen. »Das wäre ein direkter Verstoß gegen die Vereinbarung«, sagte uns Pit Katzer von der Initiative gestern. Zweitens geht es um eine Stadtteilschule in Bergedorf, die gerade saniert wird und keinen Aufzug erhalten soll, obwohl dort besonders viele Schüler mit Gehbehinderung lernen. Und drittens geht es um die laufende Lehrstellenversorgung, bei der angeblich falsche Zahlen kursierten. »Das ist alles nicht vertrauenswürdig. Die Fälle lassen Zweifel daran aufkommen, ob Bürgerschaftsbeschlüsse zur Inklusion umgesetzt werden«, betonte Katzer. Die Initiative will auf jeden Fall am Ball bleiben, die Umsetzung der Inklusionsverbesserungen weiter begleiten und überprüfen. Die Bildungsbehörde sieht ihrerseits keinen Anlass für eine erneute Auseinandersetzung: »Der Senat setzt die Vereinbarung zur Verbesserung der Inklusion exakt und ohne Abstriche um«, heißt es in einer Mitteilung des Pressesprechers Peter Albrecht. Zusatzforderungen könne der Senat nicht erfüllen.